

Die Stadtwerke Tübingen kritisierten das neue Energiewende-Gesetz. Gernot Stegert berichtete darüber am 8. Juli.

Darf alles nicht sein

Nun hat die Groko es doch getan und das anscheinend zum Wohle des Umweltschutzes. Laut Minister Gabriel seien die Leitungen durch den umweltgerechten Strom schon so verstopft, dass man nicht umhin könne, diesen zu begrenzen. Außerdem seien die großen Stromtrassen leider noch nicht gebaut, da komme man an einer Reglementierung leider nicht vorbei. Soweit zu den offiziellen Kokodilstränen unserer schwarzroten Politiker.

Sehen wir das mal andersrum: Da haben die großen Stromkonzerne die Energiewende bewusst ignoriert und stehen jetzt alle schlecht da. Die Bürger dagegen haben auf richtige Pferd gesetzt und eine dezentrale Alternative aufgebaut. Sollte die alternative Energie im Süden weiter ausgebaut werden, könnte sie die geplante Nord-Südtrasse sogar weitgehend überflüssig machen. Dies vor allem, wenn man schlau Sonne und Wind kombiniert und Speicher einbaut. Dies darf aber alles nicht sein.

Da gewährt man lieber den Braunkohlekumpels zwei Milliarden Euro, um die Braunkohlestinker als „Reserve“ nutzbar zu halten und beschränkt die Größe der Windkraftwerke an Land auf einen viel zu kleinen Wert, so dass sie nie rentabel sein können. Außerdem werden die Vorschriften so kompliziert gemacht, dass der Bürger, Energiegenossenschaften und selbst Stadtwerke massive Probleme bekommen dies zu meistern. Dazu werden zusätzliche Steuern sogar rückwirkend eingeführt und durch Ausschreibungen das Risiko enorm erhöht.

Herr Dr. Rosemann von der „Sozial“-Demokratischen Partei ereifert sich im TAGBLATT, für die Energiegenossenschaften zu reden. Gewinner sind aber nur die großen Konzerne mit ihren Dinokraftwerken. Geht es eventuell nur darum? Bürger halt's Maul, wenn die Großen regieren?

Heinz Nüble, Rottenburg